

Informationen zur Alters- und Sozialpolitik

Arbeitsgemeinschaft Alter
SP Kanton Zürich

November 2001

Nr. 9

SP Kanton Zürich
Hallwylstr. 29
Postfach
8039 Zürich

Soziale Themen sind wieder aktuell

Eine Zeitlang wollten uns die Medien glauben machen, die SP zerfalle in zwei Lager: jenes der jüngeren „Modernisierer“, welche sich der Liberalisierungswelle anschliessen, und jenes der altmodischen „Etatisten“, die sich gegen jede Reform sträubten. Inzwischen sind diese künstlich aufgeblasenen Differenzen weitgehend verschwunden. Zum einen hat sich die SP Schweiz über Grundsätze zum „service public“ geeinigt, welche leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen in den Vordergrund stellen. Dass privates Missmanagement auch grosse volkswirtschaftliche Schäden verursachen kann, haben das Swissairdebakel in der

Schweiz und der Zusammenbruch des kalifornischen Strommarktes gezeigt. Auch beweisen Volksabstimmungen, bei denen Liberalisierungen von Stromnetzen und Kantonalbanken abgelehnt wurden, dass die Bevölkerung hellhörig geworden ist.

Damit sind andere Themen wieder in den Vordergrund gerückt, welche die realen Probleme der breiten Bevölkerung direkt betreffen. Es sind dies die grossen sozialen Themen: die Gesundheitspolitik, die Zukunft der AHV, mehr Steuergerechtigkeit. In allen diesen Fragen tritt die SP geschlossen auf und vertritt

klare Konzepte zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten.

Diese Ausgabe des Infos der Arbeitsgemeinschaft Alter ist vorwiegend diesen aktuellen Themen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene gewidmet. Sie richtet sich an alle älteren Mitglieder der SP des Kantons Zürich. Rund 200 von ihnen haben sich bei der „AG Alter“ eingeschrieben und erhalten deren In-

Die Prämienverbilligung muss sofort in Kraft treten !

Am 23. September haben die Zürcher StimmbürgerInnen einer Erhöhung der Prämienverbilligungen für die Krankenkassenprämien zugestimmt. Auch die AG Alter ist an zwei Wochenenden mit einem Oldtimerbus aufs Land gefahren, um für diese soziale Korrektur zu werben.

Nun geht es darum, dass die verbesserte Prämienverbilligung so rasch als möglich in Kraft gesetzt wird, also bereits für das Jahr 2002. Der Regierungsrat hat Ende Oktober dem Volkswillen Rechnung getragen und folgende Regelung ab 1. Januar 2002 beschlossen:

Die Bundesbeiträge für die Prämienverbilligung werden zu 80 Prozent (bisher 65 Prozent) ausgeschöpft. Der Kanton holt beim Bund zusätzlich 41 Millionen ab und muss gleichviel selber dazulegen. Das Budget 2002 wird entsprechend korrigiert.

Die Prämien für Kinder werden einheitlich um 720 Franken in der Stadt Zürich und 600 Franken im übrigen Kanton verbilligt, was 85 Prozent der Durchschnittsprämie entspricht.

Damit sind drei von vier Forderungen der Initiative erfüllt. Lediglich die Forderung, dass 30 Prozent der Haushalte mit Kindern Verbilligungen erhalten sollen, wird erst ab 2003 voll erfüllt.

Zwar haben sich nach der Abstimmung alle Fraktionen im Kantonsrat für die sofortige

formationen regelmässig. Wer auch künftig über die Aktivitäten der AG Alter informiert werden möchte, kann sich mit dem Talon auf der Rückseite anmelden. Wir würden uns freuen, auf diese Weise den Zusammenhalt unter den älteren SP-Generationen stärken zu können.

Marianne de Mestral und Karl Aeschbach,
Copräsidium der AG Alter

Verwirklichung der Prämienverbilligung ausgesprochen. Inzwischen haben allerdings die Fraktionen von SVP und FDP in einer Art und Weise, die an eine Dorfposse erinnert, das Budget an die Regierung zurückgewiesen. Der Entscheid über das Budget wird erst zu Beginn des neuen Jahres fallen. Damit bleibt die Erfüllung der Initiative noch unsicher.

Wir werden die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Sollten bürgerliche Politiker noch Hand an die Verwirklichung der Prämienverbilligung legen wollen, würden wir nicht zögern, zum Protest aufzurufen !

Verein „Gesundheit muss bezahlbar bleiben“

Dieser Verein wurde parallel mit der Lancierung der gleichnamigen Gesundheitsinitiative der SP Schweiz gegründet, um diese zu begleiten und zu unterstützen. Der Verein informiert seine Mitglieder viermal jährlich mit einem interessanten Informationsblatt über aktuelle Fragen der Gesundheitspolitik und bietet Beratung bei einem Wechsel der Krankenkasse. Interessierte erhalten alle nötigen Informationen samt Briefvorlagen.

Auskünfte bei:

Verein „Gesundheit muss bezahlbar bleiben“
Spitalgasse 34, 3001 Bern
Tel. 031 329 69 94, Fax 031 329 69 70
[www. Gesundheit-sante.ch](http://www.Gesundheit-sante.ch)

Revision des Steuergesetzes: So nicht !

Der Regierungsrat hat eine Vorlage zur Revision des Steuergesetzes vorgelegt, welche die Antwort auf verschiedene hängige Vorstösse darstellt. Dazu gehört auch die von der AG

Alter lancierte Volksinitiative „Weniger Steuern für niedrige Einkommen“. Die Vorlage der Regierung ist enttäuschend, ja völlig unannehmbar.

Bei welchem Reineinkommen beginnt die Steuerpflicht ?

	für Alleinstehende	für Ehepaare
Heutiges Gesetz	5'500	11'000
Vorlage Regierung	6'200	12'400
SP-Initiative	14'600	22'000

Zum einen soll die SP-Initiative als ungültig erklärt werden, weil sie Doppelverdiener-Ehepaare schlechter stelle als doppelverdienende Konkubinatspaare. Ein Gutachter hat dies als verfassungswidrig bezeichnet. Eine solche Begründung erscheint uns juristisch wenig überzeugend und politisch geradezu haarsträubend. Sie widerspricht bisheriger Sitte, Initiativen zuzulassen, wenn sie nicht in schwerwiegender Weise die Rechtsordnung verletzen. Das kann man von der Initiative der SP und der AG Alter nicht behaupten. Regierung und Parlament sollten sie daher behandeln und sich offen politisch damit auseinandersetzen. Sie haben zudem die Möglichkeit, im Rahmen eines Gegenvorschlages allfällige Unebenheiten zu glätten.

Aber eben dies will die Regierung nicht. Ihre Revision nimmt nur die bürgerliche Forderung nach Streichung der obersten Progressionsstufe, also einer einseitigen Entlastung der Gutverdienenden, auf. Unten soll, abgesehen von einer bescheidenen Teuerungsanpassung beim persönlichen Abzug, gar nichts geschehen. Eine solche Steuervorlage ist unannehmbar. Wir werden daher mit der SP-Fraktion des Kantonsrates für die Gültigkeit unserer Initiative eintreten und einseitige Steuergeschenke an die Reichen bekämpfen.

Ein Beitrag zu einer sicheren Zukunft: Nationalbankgewinne in die AHV

Seit einem halben Jahr sammelt das „Komitee sichere AHV“ Unterschriften für eine Volksinitiative, welche einen Teil der Nationalbankgewinne der AHV zufließen lassen will. Ehrenpräsident des Komitees ist alt Bundesrat Hanspeter Tschudi. Die Initiative hat nichts zu tun mit der von der SVP lancierten „Goldinitiative“. Sie betrifft die laufenden Gewinne der Nationalbank, die selbst in schlechten Jahren (mit wenigen Ausnahmen) mehr als zwei Milliarden Franken betragen. Davon soll nach Abzug eines Kantonsanteils der verbleibende Überschuss in den AHV-Fonds fließen.

Die AG Alter unterstützt die Unterschriftensammlung aktiv und hat bereits mehr als 1'000 Unterschriften gesammelt. Wir legen diesem Info einen Unterschriftenbogen bei und appellieren an unsere Leserinnen und Leser, die Initiative zu unterschreiben und mit weiteren Unterschriften aus dem Bekanntenkreis an uns zurückzusenden.

Auch unsere lokalen SP-Sektionen können wir einladen, eigene Sammelaktionen durchzuführen. Die bevorstehenden Gemeindewahlen im

Kanton Zürich bieten dazu viele gute Gelegenheiten !

Ein Beitrag zu einer sicheren Zukunft: Nationalbankgewinne in die AHV

Im letzten halben Jahr sammelt das „Komitee sichere AHV“ Unterschriften für eine Volksinitiative, welche einen Teil der Nationalbankgewinne der AHV zufließen lassen will. Ehrenpräsident des Komitees ist alt Bundesrat Hanspeter Tschudi. Die Initiative hat nichts zu tun mit der von der SVP lancierten „Goldinitiative“. Sie betrifft die laufenden Gewinne der Nationalbank, die selbst in schlechten Jahren (mit wenigen Ausnahmen) mehr als zwei Milliarden Franken betragen. Davon soll nach Abzug eines Kantonsanteils der verbleibende Überschuss in den AHV-Fonds fließen.

Die AG Alter unterstützt die Unterschriftensammlung aktiv und hat bereits mehr als 1'000 Unterschriften gesammelt. Wir legen diesem Info einen Unterschriftenbogen bei und appellieren an unsere Leserinnen und Leser, die Initiative zu unterschreiben und mit weiteren Unterschriften aus dem Bekanntenkreis an uns zurückzusenden.

Auch unsere lokalen SP-Sektionen können wir einladen, eigene Sammelaktionen durchzuführen. Die bevorstehenden Gemeindewahlen im Kanton Zürich bieten dazu viele gute Gelegenheiten !

Am 2. Dezember für mehr Steuergerechtigkeit

Am 2. Dezember stehen gleich drei eidgenössische Abstimmungen an, bei denen es um Finanzen und Steuergerechtigkeit geht. Erstens wollen Bundesrat und bürgerliche Mehrheit eine sogenannte „**Schuldenbremse**“ einführen, die neue Ausgabenbeschlüsse erschwert.

Wir sind durchaus dafür, in guten Zeiten Schulden abzubauen. Aber wir lehnen es ab, Steuergeschenke an die Reichen zu machen und dann durch eine künstliche Bremse neue Sozialausgaben zu verhindern.

Andrerseits wehrt sich die bürgerliche Mehrheit gegen alles, was mehr Steuergerechtigkeit oder eine ökologische Steuerreform bringen könnte. Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, die keine **Kapitalgewinnsteuer** kennen. In den neunziger Jahren haben wir erlebt, dass die Börsengewinne die gesamten Lohn-einkommen überstiegen, ohne dass sie versteuert werden mussten. Das muss endlich anders werden !

Die Initiative der Grünen, welche **Energie zugunsten der AHV besteuern** will, verbindet Umwelt- und Sozialpolitik und verdient daher unsere Unterstützung. Sie wird von den Bürgerlichen bekämpft, die weder eine ökologische Steuerreform, noch ein sozial abgefedertes flexibles Rentenalter wollen.

Bei den übrigen Abstimmungen geht es um die **Zukunft von Militär und Zivildienst**. Während die SP zur Armeeabschaffung Stimmfreigabe beschlossen hat, befürwortet sie die Initiative für den zivilen Friedensdienst.

Die AG Alter hatte sich in ihrer Stellungnahme zur Freiwilligenarbeit positiv zur Idee geäußert, den Zwang zum Militärdienst durch einen Gemeinschaftsdienst (mit freier Wahl zwischen militärischen und zivilen Formen) abzulösen. Was heute noch als ferne Zukunftsmusik erscheint, könnte schon in absehbarer Zukunft Realität werden. Tun wir also einen Schritt zur konkreten Friedenssicherung !

Die Parolen der SP Schweiz und der AG Alter:

JA zur Kapitalgewinnsteuer

JA zur Energiesteuer für die AHV

NEIN zur Schuldenbremse

Stimmfreigabe zur Armeeabschaffung

JA zum zivilen Friedensdienst

Antwortalon AG Alter

Ich interessiere mich für die AG Alter und möchte künftig eingeladen werden

- Ich bin an einer Mitarbeit interessiert und bitte, mit mir Kontakt aufzunehmen
- Ich/Wir möchte/n in der Gemeinde eine Unterschriftenaktion für die neue AHV-Initiative durchführen und bitten um Unterstützung

Name:

Adresse:

Ort:

Tel.:

Einsenden an: AG Alter, Karl Aeschbach, Wängi-Hell, 8914 Aeugst am Albis
